

Klimaschützer und Erneuerbare-Verfechter vs. Landschafts- und Artenschützer

Es rumort in der Umweltbewegung

Von Georg Etscheit

Die deutsche Umweltbewegung strotzt vor Kraft. In vielen Bundesländern sitzen Vertreter(innen) der Grünen an Schaltstellen der Macht, einer Partei, die sich noch immer, ohne rot zu werden, Ökopartei nennt. Umweltorganisationen wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund (NABU) sind zu mächtigen ökologischen Pressuregroups herangewachsen. Stimmen wie die von BUND-Chef Hubert Weiger haben Gewicht in der Politik. Und in den Medien sind Ökothemen regelmäßig präsent.

Doch an der Basis rumort es. Grund ist die Energiewende. Das Jahrhundertwerk zur Rettung der Welt, Vorzeigeprojekt deutscher Klimaschutzbemühungen, entwickelt sich zum ökologischen und landschaftsästhetischen Desaster und rührt an die Grundfesten des Natur- und Landschaftsschutzes. Die Umweltverbände stehen vor einer Zerreißprobe. Seit der Atomkatastrophe von Fukushima wird es ernst mit dem Umstieg auf die Erneuerbaren. Überall im Land ragen Windräder in die Höhe, werden neue gebaut, bedecken Solarfelder frühere Wiesen und Äcker, wölben sich die grünen Kuppeln der Biomassereaktoren, dehnen sich statt grüner Weiden endlose Mais- und Rapsfelder. Bald werden sich viele Kilometer neuer Hochspannungstrassen durch die Republik ziehen. Die Folgen sind dramatisch. Das Land verliert sein

Gesicht. Und den Leitungen und Rotoren fallen scharenweise seltene Vögel und Fledermäuse zum Opfer; die Maisfelder zur Versorgung der Biogasanlagen bieten vielen Tierarten keinen Lebensraum mehr. „Von der Energiewende zum Biodiversitätsdesaster“ betitelte der Landschaftsplaner und Ornithologe Martin Flade, heute Leiter des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin, seine 2013 erschienene Studie zu den Folgen des „unkontrollierten Ausbaus grüner Energien“.

Monotone Energielandschaften

Ganze Landstriche im Hunsrück, im Vogelsberg, in Rheinhessen, in Mainfranken, in der nord- und ostdeutschen Tiefebene wirken schon heute völlig entstellt. Und das, obwohl nicht-erneuerbare Energieträger wie Kohle, Öl, Gas und Atom im Jahre 2014 immer noch fast 90 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs deckten; der Anteil der Windkraft am Primärenergieverbrauch betrug minimale 1,5 Prozent bei maximalem Landschaftsverbrauch. (1) Alte Kulturlandschaften oder das, was zu Beginn des 21. Jahrhunderts von ihnen übrig geblieben war, verwandeln sich in Windeseile in monotone, industriell überformte „Energielandschaften“. Jeder Hektar freier Landschaft wird Zwecken der Energiegewinnung, -speicherung und -verteilung unterworfen. In den Wäldern wird als Folge des Biomassebooms geholt wie

nie. Und die Biogaserzeugung hat in der Landwirtschaft zu einem massiven Industrialisierungs- und Intensivierungsschub geführt und bedroht zugunsten besserer Renditen und explodierender Bodenpreise und Pachten vor allem die Biolandwirtschaft. Den Flüssen kann man nicht mehr allzu viel anhaben – die meisten sind ja schon gestaut und begradigt und liefern durchaus überschaubare Mengen „grünen“ Stroms.

Ausgerechnet zum 40-jährigen Bestehen des BUND als nationaler Organisation hat der Ökoverband nun Konkurrenz bekommen. In Bayern wurde eine neue Naturschutzvereinigung vom dortigen Landesamt für Umwelt offiziell anerkannt: der „Verein für Landschaftspflege & Artenschutz in Bayern“ (VLAB). Die junge Organisation mit dem Feuersalamander als Logo will zurück zu den Ursprüngen des Naturschutzes.

Galionsfiguren des VLAB sind zwei Persönlichkeiten, die einst den BUND mitgegründet hatten: der Dirigent und Umweltschützer Enoch zu Guttenberg sowie der langjährige Chef des Bundes Naturschutz in Bayern (BN) und spätere Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR), Hubert Weinzierl. Der bayerische Umweltpionier war 2002 nach internen Querelen als BN-Chef zurückgetreten. Dem schönggeistigen Weinzierl folgte der robuste Hubert Weiger, der BN und BUND noch stärker in der aktuellen politischen Debatte verankerte und auf Kampagnenfähigkeit trimmte. Weiger will sein bayerisches Amt im kommenden Jahr an seinen designierten Nachfolger Richard Mergner, bisher zweiter Mann im BN, abgeben. Manche vermuten nun, Weinzierl habe späte Rache an seinem Nachfolger geübt. Auf der Website des VLAB begründete er sein Engagement

beim VLAB mit einer Gewissensentscheidung: „Ich bin ein leidenschaftlicher Vertreter der Energiewende, aber nicht um jeden Preis“. Und weiter: „Es darf nicht sein, dass wir Herzstücke unserer Heimat preisgeben, die wir zuvor jahrzehntelang verteidigt haben.“ Für sein im Internet veröffentlichtes Statement erntete der fast 80-Jährige heftige Kritik von vielen seiner alten Gefährten. Die Vereinsgründung, deren Wirkung nicht auf Bayern beschränkt bleiben muss, ist das bislang deutlichste Symptom einer sich anbahnenden Krise der deutschen Umweltbewegung. Es ist ein Kampf zwischen eher städtisch sozialisierten, global denkenden Klimaschützer(inne)n und den regional verwurzelten, mehr traditionell orientierten Arten- und Landschaftsschützer(inne)n, zwischen Technokrat(inn)en und Ästhet(inn)en, zwischen viel beschäftigten Öko-Funktionär(inn)en, die kaum mehr an die frische Luft kommen, und Menschen, für die die Schönheit von Natur und Landschaft noch ein Lebenselixier ist. Er wird mit immer härteren Bandagen ausgefochten.

Landschafts- und Artenschutz geraten unter die Räder

Der Streit um die Deutungshoheit über das, was Umwelt- und Naturschutz in Zeiten von Globalisierung, Migrationsdruck und Klimawandel leisten soll, leisten kann und leisten muss, spaltet die Ökoverbände. In Rheinland-Pfalz trat bereits ein BUND-Vorsitzender zurück und etablierte im Westerwald eine Art Widerstandszentrum gegen das weitere Vordringen der Windindustrie in noch ursprüngliche Regionen. Seither beharren sich die Lager in Leserbriefen, sozialen Netzwerken und über die Medien. Auch in

Sachsen gab es innerhalb des BUND Streit zwischen Traditionalist(inn)en und Modernisierern, der zu einer veritablen Schlamm-schlacht geriet.

Erstmals in einer neuen Vereinigung materialisiert hat sich dieser Konflikt nun in jenem Bundesland, in dem der Natur- und Heimatschutzgedanke eine besonders lange Tradition hat und tief in der Bevölkerung verwurzelt ist: in Bayern. Der VLAB ging aus der Bürgerinitiative „Unser Hessenreuther Wald“ hervor, die 2009 gegen eine in der Oberpfalz geplante Autoteststrecke mobil gemacht hatte. Nachdem der Kampf gewonnen war, suchten sich die Aktivist(inn)en um das frühere BN-Mitglied Johannes Bradtka ein neues Betätigungsfeld. Im Hintergrund agierte Guttenberg, der 2012 aus dem BN ausgetreten war und seither gegen den von ihm in emotionalen Reden beklagten Windwahn im Land zu Felde zieht.

Der VLAB hat nach eigenen Angaben knapp 9.000 Mitglieder – noch wenige im Vergleich zum BN, der es aktuell auf 210.000 Mitglieder bringt. Ein Schwerpunkt der Vereinsarbeit soll auf den „Gefahren der Energiewende für Landschaft und Biodiversität“ liegen. Insbesondere dem Wert von Landschaften müsse wieder eine stärkere politische und gesellschaftliche Bedeutung zukommen, sagt Bradtka, im Hauptberuf Förster bei der Bayerischen Forstverwaltung.

Damit versucht der Verein, ein weitgehend brach liegendes Terrain gewissermaßen zu rekultivieren. Der Landschaftsschutz, die Bewahrung „schöner“, romantischer Landstriche, ist zum Stiefkind der Umweltbewegung geworden. In Zeiten globaler Bedrohungen der menschlichen Zivilisation seien angeblich subjektive, ästhetische Aspekte zu ver-

nachlässigen, heißt es von Seiten der Klimaschützer(innen). Außerdem wird Landschaftsschützer(inne)n ein falsches Bewusstsein unterstellt. Alles sei nur eine Frage der Gewöhnung. Hätten sich Kulturlandschaften nicht schon immer verändert? Als letztes Argument wird behauptet, man könne die Rotoren ja problemlos jederzeit wieder abbauen. Die dürftige Argumentation verschleiert das wahre Ausmaß der Eingriffe, die für die deutschen Landschaften ähnlich gravierend sind wie der Untergang der historischen Bausubstanz vieler Städte im Zweiten Weltkrieg.

Was bedeutet „gesamtökologisches Maß“?

Auch der klassische Artenschutz droht buchstäblich unter die Räder zu kommen und zum mehr oder weniger lästigen Anhängsel des Klimaschutzes zu werden. Der Vorstand der deutschen Sektion von Eurosolar, ein von dem verstorbenen „Solarpapst“ Hermann Scheer gegründeter und sich selbst als Umweltorganisation verstehender Förderverein für „grüne“ Energie, verstieg sich zu der Behauptung, Klimaschutz sei nichts weniger als die Voraussetzung für Naturschutz. Deswegen sollten unter anderem Zulassungshemmnisse für kleine Wasserkraftwerke beseitigt werden. Die Anforderungen an Fischtreppen und Mindestwassermengen seien auf ein „gesamtökologisches Maß“ zu reduzieren. Das hätte auch ein ganz normaler Wirtschaftslobbyist nicht besser formulieren können. Der Aufschrei bei den Umweltschützer(inne)n blieb aus.

BN und BUND befinden sich in einer ungemütlichen Sandwichposition. Während enttäuschte Mitglieder rebellieren, trat just zum

40. Gründungstag des BUND der Grünen-Politiker Hans-Josef Fell aus dem Verband aus, einer der Konstrukteure des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Nach seiner Meinung legten BN und BUND nicht zu wenig, sondern zu viel Wert auf den Naturschutz und behinderten die Energiewende. Nicht nur in Sachen Windkraft, auch beim Ausbau von Biogasanlagen, Solarfeldern und Wasserkraftwerken stehe der BN häufig auf der Bremse. In einem Antwortschreiben an Fell versuchte Weiger, die Wogen zu glätten. Der BUND sehe sich als „Treiber der Energiewende und als Naturschutzverband“. Weigers Losung lautet: Windkraft ja, aber nach Plan und mit „ökologischen Leitplanken“.

Wie diese Leitplanken aussehen, kann man dank Horst Seehofers Windkraftblockade zwar noch nicht in Bayern, aber beispielsweise in Rheinland-Pfalz studieren. Mit ihrer Forderung, den Ausbau der Windkraft großräumig zu steuern und Wildwuchs zu verhindern, sind die Umweltverbände nicht nur im Land zwischen Mosel, Rhein und Saar grandios gescheitert. Überall, wo die Grünen mitregieren, werden überregionale Planungsansätze vernachlässigt und ein landschaftsfressender Wettbewerb um neue Windparks zwischen den einzelnen Kommunen angeheizt. Folge ist ein massiver Zersiedelungsschub bislang von industrieller Überformung weitgehend verschont gebliebener, noch überwiegend agrarisch geprägter Landstriche. Die landschaftlich so reizvollen wie artenreichen Mittelgebirge werden zum Hotspot der alternativen Stromindustrie. Allzu oft mit dem Segen der Ökoverbände, die eigentlich großräumige Tabuzonen für die Windindustrie einfordern müssten. Stattdessen sind den Umweltverbänden selbst Land-

schaftsschutzgebiete nicht mehr heilig. Refugien zuweilen noch vorindustriell anmutender Schönheit, die sie einst mit Zähnen und Klauen verteidigt haben.

Die Windkraftgegner(innen) um Guttenberg nehmen Weiger die vom ihm und seinen Mitstreiter(inne)n propagierte „differenzierte“ Position einer „Windkraft nach Plan“ nicht ab. Sie sehen den BUND von Windindustrie und Grünen unterwandert, längst unfähig, unabhängige Naturschutzinteressen robust wahrzunehmen. Eine solche „Unterwanderung“ ist kein Hirngespinnst von Verschwörungstheoretiker(inne)n. Sie ist, wenn man so will, historisch gewachsen. Schließlich gehörten die Umweltverbände zu den frühesten Verfechtern der Erneuerbaren. Der BUND war Mitgründer des Bundesverbandes Windenergie, heute eine mächtige Lobbyorganisation der Windindustrie. Die Kollateralschäden der Energiewende, die gern als umweltpolitischer Zielkonflikt verniedlicht werden, sind oft ein banaler Interessenkonflikt. Wer selbst an Windkraftwerken verdient oder mit den angeblich so sanften Energien auf Stimmenfang geht, wird Belastungen und Widersprüche klein reden.

VLAB: Sammelbecken der Unzufriedenen

Den großen Umweltverbänden geht es im Prinzip wie erfolgreichen, in die Jahre gekommenen Volksparteien. Sie haben ihre gesellschaftlichen Netzwerke und ihre Mitgliederbasis stark erweitert und müssen, um ihre eigene Existenz und die aufgeblähten Verwaltungsapparate nicht zu gefährden, immer häufiger Kompromisse eingehen. Allzu radikale Forderungen, etwa der Kampf gegen nicht-nachhaltige Konsummuster und

Lebensstile, gegen die Treiber unseres enormen Energieverbrauchs, können störend sein angesichts einer Basis, die sich zunehmend aus Menschen rekrutiert, die Natur nur noch von der Fernreise nach Neuseeland kennen und mit dem Mitgliedausweis einer Umweltorganisation ihr Öko-Gewissen zu besänftigen trachten. Bezeichnend ist eine Äußerung des designierten BN-Chefs Mergner, der zwar noch von der Notwendigkeit des Energiesparens spricht, aber zugleich eine „bedarfsgerechte“ Versorgung der Bevölkerung und Industrie mit – natürlich ökologisch korrekter – Energie anmahnt. Das ist bündnisgrüne Realpolitik par excellence.

Es war also nur eine Frage der Zeit, bis sich ein neuer Verband als Stachel im Fleisch der Etablierten gründen würde. In welche Richtung sich der VLAB und eine mögliche bundesweite Alternativorganisation zu BUND, NABU und Co. entwickeln werden, muss sich erst herauskristallisieren. Bislang ist der VLAB eher ein Sammelbecken der Unzufriedenen, vor allem von Windkraftgegner(inne)n sowie klassischen Landschafts- und Artenschützer(inne)n, die sich mit ihren Interessen vom BUND und den anderen etablierten Organisationen im Stich gelassen fühlen.

Darunter wohl auch der eine oder die andere Atomkraftbefürworter(in) oder Klimaskeptiker(in) sowie sogenannte Nimbys – die Abkürzung steht für „Not in my Backyard“ –, also Menschen, die Windräder vor allem nicht vor der eigenen Haustür sehen wollen. Wobei es sicher nicht verwerflich ist, wenn man um die persönliche Idylle fürchtet oder den drohenden Wertverlust des Eigenheimes durch einen Windpark antizipiert. Wie die politischen Parteien drücken sich auch die etablierten Umweltverbände vor einer unangenehmen Wahrheit: Die Energiewende ist ein gigantischer Selbstbetrug. Sie ist nicht der erhoffte Befreiungsschlag, sie ist im Kern kein ökologisches Projekt und sie ist auch kein Meilenstein auf dem Weg zu einer „grünen“ Ökonomie, in der man ohne schlechtes Gewissen weiter unbegrenzt konsumieren kann. Die gibt es nur, wenn sich die Gesellschaft endlich auf ein Weniger besinnt. ———

Anmerkung

(1) www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energie-daten-und-analysen/arbeitsgruppe-erneuerbare-energien-statistik,did=629806.html

Zum Autor

Georg Etscheit, geb. 1962, studierte Journalistik, Politische Wissenschaft und Geschichte Osteuropas, volontierte und arbeitete bei der Deutschen Presse-Agentur und ist seit 2000 freier Journalist und Autor.

Kontakt

Georg Etscheit
Zentnerstr. 15
D-80798 München
Fon ++49/(0)89/18 95 47 33
E-Mail etscheit@gute-geschichten.de
